

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2017/2018

sonstige Änderungsanträge

Die aufgeführten Anträge von CDU, GRÜNE, FDP/FWV, Die Linke/Piraten, AfD und Stadtrat Butt sowie die Anträge 202, 243 und 245 der Bunte Linke werden zurückgezogen. Die restlichen Anträge der Bunte Linke werden zur Abstimmung gestellt (siehe jeweiliges Abstimmungsergebnis - letzte Spalte)

Stand: 20. Dezember 2016

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)	finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
				Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
3	Bunte Linke	allg.	B: Grundsatzbeschluss: Investitionsvorhaben und Bürgerentscheid - 2 x jährlich werden Investitionsvorhaben von mehr als jeweils 15.000.000 € an Investitionskosten oder mit Folgekosten von mehr als 0,1 % der Summe des Ergebnishaushaltes (z. Zt. 600.000 € p.a.) den Bürgern in einem Bürgerentscheid vorgelegt. Da Investitionen in der Regel mit Neuverschuldung und zusätzlich mit langfristig höheren Ausgaben für den Unterhalt und Betrieb der jeweiligen Einrichtung verbunden sind, ist es sinnvoll, die Bürger wichtige Entscheidungen selbst treffen zu lassen. Die Erfahrungen in anderen Ländern (Schweiz, Bundesstaaten der USA) zeigen zudem, dass die Bürger mit den öffentlichen Mitteln Sparsamer umgehen als die Parlamente.							bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
4	Bunte Linke	allg.	B: „Prioritätenlisten“ und Deckungsgrade Solange ein Doppelhaushalt beibehalten wird, werden zwischen den Haushaltjahren jeweils nach der Sommerpause die wichtigsten „Prioritätenlisten“ der Stadt mit den Bürgern diskutiert und überarbeitet sowie die Gebührenhaushalte überprüft und angepasst. Sind Deckungsgrade durch Grundsatzbeschlüsse festgelegt, wird der Gemeinderat jeweils zeitnah über Unterschreitungen informiert.							bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
5	Bunte Linke	allg.	B: Darstellung der Kostendeckungsgrade der gebührenrechnenden Einrichtungen und anderer städtischer Einrichtungen auf Gebührenbescheiden, Eintrittskarten etc. Der Anteil der öffentlichen Hand an der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen ist den Bürgern häufig nicht bewusst. Das erschwert seine Einschätzung der Aufgaben und Ausgaben der Stadt, aber auch die Diskussion um Gebührenanpassungen.							bei 3 Ja-Stimmen abgelehnt

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
6	Bunte Linke	allg.	B:	Der Kommunale Produktplan Baden-Württemberg umfasst eine Vielzahl von hilfreichen Kennzahlen im Entwurf für einen Haushaltsplan, die zu einer besseren Beuteteilbarkeit der Ansätze beitragen können. Die Kennzahlen sollen auch in Berichten über die Tätigkeiten der Ämter insgesamt oder in einzelnen Bereichen verwendet werden (gutes Beispiel: Abfallwirtschaftsbericht)							bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
				M: Sukzessive Einführung weiterer Kennzahlen							
6a	Bunte Linke	allg.	B:	Der Kommunale Produktplan Baden-Württemberg wird auch zur Beurteilung der kommunalen Eigenbetriebe angewandt.							bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
7	Bunte Linke	FW	B:	Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte zum 1.1.2018				500.000			bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
				Z: Bereitstellung von Mitteln für preisgebundenen Wohnungsbau							
				M: Zweckbinund durch Grundsatzbeschluss des Gemeinderates							
8	LINKE/ PIRATEN	FW	B:	Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer in 2 Schritten um je 10 Punkte auf 410 Punkte zum 01.01.2017 und 420 Punkte zum 01.01.2018	2.500.000			5.000.000			
9	Bunte Linke	FW	B:	Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer um 10-Punkte zum 01.01.2018				2.500.000			bei 4 Ja-Stimmen abgelehnt
10	LINKE/ PIRATEN	FW	B:	Erhöhung Globaler Minderaufwand auf Maximalbetrag 5 Mio. € (mit Ausschluss Soziales, Kinder, Bildung, Personal)		-3.000.000			-3.000.000		
18	GRÜNE	01	B:	Markenkommunikation; Reduzierung der Mittel		-10.000			-10.000		
39	Butt	12	B:	Förderprogramme für Kultur- und Kreativwirtschaft. Anpassung der Fördermittel an den Bedarf. Anschub für Multiplikatoreffekt, da mehr Kreative teilhaben können. Geändert: Erhöhung Projektmittel.		20.000			20.000		
40	GRÜNE	12	B:	Kreative Ökonomie stärker fördern		20.000			20.000		

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
45	Bunte Linke	12	B: Streichung aller Maßnahmen zum Kongresszentrum Das Konferenzzentrum soll zwar im HH Bahnstadt verwirklicht werden, doch die jährlich nötigen Zuschüsse sind aktuell nicht verantwortungsbewusst zustimmungsfähig			-90.000			-65.000		bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
46	CDU	13	B: Internetangebot			50.000			50.000		
49	Bunte Linke	15	B: Erhöhung Zuschuss Opferinterventionsstelle Frauen helfen Frauen			5.000			5.000		bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
54	AfD	15	B: 35.000 € für Projekte gegen linksextremistisches und „antifaschistisches“ Gedankengut.			35.000			35.000		
55	LINKE/PIRATEN	15	B: Preisverringerung Sozialticket (Jahreskarte "Jedermann" von 24,05 € auf 15 €, Monatskarte "Jedermann" von 32,85 € auf 20 €, Jahreskarte "Rhein-Neckar-Ticket" von 41,40 € auf 35 €			167.817			167.817		
57	GRÜNE	15	B: kostenloses Semesterticket für Erstsemester ab 1.7.2017 Z: neu: mehr Schlüsselzuweisungen		0	240.000		0	240.000		
58	AfD	16	B: Streichung der 2 Planstellen in 2017 Z: dieses Amt überflüssig zu machen M: Die eingesparten Mittel sollen umgeschichtet werden zwecks Personalaufstockung des KOD.			-123.500 123.500			-123.500 123.500		

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
60	AfD	16	B:	aufkommensneutrale Umschichtung von Mitteln im TH 16		0			0		
			Z:	Ungleichbehandlung von Frau und Mann sind zu beseitigen.							
			M:	Alle Maßnahmen und Kampagnen „genderneutral“ und nicht geschlechts-diskriminierend männerfeindlich zu formulieren. 1. Eine Planstelle „Männergerechtigkeit & Männerförderung“ ist einzurichten. 3. Die Besetzung dieser Stelle muss öffentlich ausgeschrieben und zwingend von einem Mann wahrgenommen werden. 4. Das „internationale Frauen und Familienzentrum“, das „BiBeZ“ , das „LuCa“ genderneutral umzubenennen. -„Frauenachtaxi“ geschlechtsneutral in „Menschennachttaxi“ umzubenennen und für alle Geschlechter, ausweislich sozialer Bedürftigkeit nach SGB ausschließlich in den Zeiten von 24 Uhr bis HSB-Beginn 6 Uhr morgens zu betreiben.							
63	LINKE/ PIRATEN	16	B:	Berücksichtigung von Tariferhöhungen bei allen Trägern von Beratungsleistungen für Frauen wie z.B. dem Verein "Frauen helfen Frauen"		13.220			26.780		

[illegible]

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
106	CDU	40	B: Mensa Waldparkschule; Änderung des Ansatzes, Schätzung derzeit bei 2 Mio.; Mangelhafte Essenssituation bei steigenden Schülerzahlen			200.000			500.000		
115	AfD	40	B: Zuschuss für die VHS in Höhe von € 1.464.470 im Bereich Personal global um € 200.000 kürzen. Die VHS-Angebote verzerren insofern unzulässigerweise die Marktsituation. Verschiedene Sportvereine in Heidelberg halten für Jung und Alt ein vergleichbares und ausreichendes Angebot vor. Wer Fitness, Kosmetik und Entspannung sucht, ist in Heidelberg bei Vereinen und privaten Anbietern in guten Händen. Dazu braucht es keine durch den Steuerzahler subventionierte Angebote der VHS. Kürzen insbesondere im Bereich „Gesundheit“ und dort speziell in den Themen-/ Kursbereichen Fitness / Gymnastik (Pilates, Aerobic, Bodyforming, Zumba etc), Kosmetik / Stilberatung (z.B. u.a. Farb- und Typberatung) und Entspannung & Körpererfahrung (Yoga, Thai-Chi, Ayurveda, Massage etc.),			-200.000			-200.000		
117	Butt	40	B: Mittel für Förderung Herkunftssprache (Bisher im Fördertopf ausl. Kindern und Jugendl.)			25.000			25.000		
			Z: Förderung der Sprach- und Schulkompetenz und Identität von ausländischen Kindern								
			M: Neue Projektmittel (da künftig bei Amt 16 entfällt; Neu bei Amt 40: Koordination Herr Meixner Herkunftssprache). Wie bisher bei ausländische Kinder und Jugendliche soll für Auswahlvorschlag durch AMR erfolgen.								
126	LINKE/ PIRATEN	41	B: Erhöhung des Zuschusses für Mut zu Wut e.V.			11.900			11.900		
127	Butt	41	B: Förderung Mut zur Wut; Innovative Bürgerbeteiligung durch Kunstformate			9.000			9.000		
129	LINKE/ PIRATEN	41	B: Erneute Erhöhung des Zuschusses um 60.000, um Sicherung der Grundversorgung des DAI (Teuerungen wie Inflation) anzupassen			60.000			60.000		
134	LINKE/ PIRATEN	41	B: Erhöhung des institutionellen Zuschusses für das Völkermuseum, um den Betrieb aufrecht zu erhalten			358.266			358.266		

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
135	AfD	41	B: Notfallplan für das Völkerkundemuseum ; ½ Kuratorenstelle 34.000 €; ½ Verwaltung und Sekretariat 24.000 € Hilfskräfte/Aufsichten (Mindestlohn vergütet) 15.000 €; Gesamt: 73.000 €			73.000			73.000		
136a	Bunte Linke	41	B: Völkerkundemuseum / Portheim Stiftung Erhöhung des Zuschusses aufgrund des Wegfalls anderer Mittel zur Sicherung einer weiteren Öffnung des Museums M: Fußnote: gesperrt bis zur Vorlage eines Museumskonzepts und eines mittelfristigen Finanzplans; ggfs. Einsatz überplanmäßiger Mittel			73.000			73.000		bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
140	AfD	41	B: Abschaffung des Zuschusses für die Halle 02 . Die Ungleichbehandlung gegenüber anderen Gastronomen beseitigen: Insbesondere die Zuschüsse für die sicherlich teilweise aner kennenswerten musikalischen Aktivitäten der Halle 02, welche oft kommerzieller Natur sind.			-75.000			-75.000		
156	AfD	41	B: Streichung je € 25.000 Zuschuss Kulturbüro Metropolregion Rhein-Neckar und je € 8 500 für Afrika-Tage und € 80 000 Zuschuss für die ev. Kirche 2017. Der Nachweis für die Existenzberechtigung des Kulturbüros Metro-Region-RN muss erst noch erbracht werden. Die Afrika-Tage können von den Beteiligten ohne Zuschüsse durchgeführt werden, so wie das von vielen anderen „normalen“ Vereinen auch geschieht. Eine Multikulti-Privilegierung lehnen wir ab. Die ev. Kirche wird bereits via Kirchensteuer vom Steuerzahler privilegiert und finanziert. Sie hat genug eigenes Geld, um das Luther-Jahr zu finanzieren. Umzuschichtung zugunsten Portheim-Stiftung / Völkerkundemuseum. Das Völkerkundemuseum verdient mehr Werbung und öffentliche Zuwendung. Die Bestände sind zu schützen, zu restaurieren und die Öffnungszeiten auszuweiten. Ein Fall für HD- Marketing.			-113.500			-33.500		
157	GRÜNE	41	B: Marketingkonzept der Festivalgruppe ; Streichung der Mittel; soll künftig aus den Mitteln der Festivals finanziert werden			-11.900			-11.900		

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
158	GRÜNE	41	B: Projektzuschuss Evang. Kirche Reformationsjubiläum 2017; Reduzierung zusätzlicher Mittel			-30.000					
159	CDU	41	B: Metropolink; Erhöhung			30.000			30.000		
160	AfD	41	B: Streichung des Zuschuss für Metropolink. NO PARTNERS: NO FESTIVAL. Unterstützer: HD Marketing, Sparkasse HD, Baden-Württemberg Stiftung, Fels, GGH, Stadtwerke HD, HD Hausverwaltung, Florian Steiner, mildner s, Lino s, Brent Bar, Tati, Goodfellars, cafe nerd, Joe Molese, Ziegler, Da Vinci, etc.. auf eigenen Füßen stehen.			-21.000			-21.000		
165	GRÜNE	41	B: Taeter Theater; Erhöhung der Mittel			10.000			10.000		
171	AfD	41	B: Streichung der Mittel für die Publikation zum 80. Geburtstag von Alt 68 er und „Sponti-Häuptling von Heidelberg“ Michael Buselmeier.						-30.000		
172	GRÜNE	41	B: Projekte und Publikationen; keine zusätzlichen Mittel			-25.000			-25.000		
173	CDU	41	B: Projektmittel; Eigene Projekte auf Ansatz 2015 anpassen			-47.900			-54.900		
179	GRÜNE	41	B: Vergabe von Literaturpreisen; nur noch alle 2 Jahre			-16.000					

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
181	Bunte Linke	42	B: Streichung aller Maßnahmen zum Mark-Twain-Center		-450.000	-700.000	-1.200.000	-800.000	-1.200.000		bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
182	AfD	44	Pauschale Ausgabenkürzung bei Sach-und Personalkosten des Theaters. Mit diesem Antrag soll eine Initiative des damaligen Kulturbürgermeisters Dr. J. Beß, SPD, aus den 80er Jahren zwecks Einspar- potentialen im Kulturbereich wieder aufgegriffen werden. B: Nicht jede Stadt der Rheinschiene benötigt alle Sparten des Theaterbetriebes (Tanz, Sprech-, Musiktheater, Philharmonische Orchester). Trotzdem kann durch Synergiebildung die ganze Bandbreite des Theaters angeboten werden.Hier liegen mittelfristig Einspar- potentiale für Personal und Sachkosten in Höhe von mehreren Millionen Euro. Z: Stärken-stärken und durch Synergieeffekte Attraktivität erhöhen. M: Kontaktaufnahme mit den Kulturdezernaten anderer Städte der Rheinschiene Baden-Württembergs (MA, KA, Fr)mit dem Ziel, Synergien durch Schwerpunkt- bildung in den Sparten der Ensembles zu schaffen.			0			-1.000.000		
185	GRÜNE	50	B: Z: neu: Anpassungen der TVÖD-Transferleistungen mit sozialen Gruppierungen erreichen M: neu: Die Stadtverwaltung legt bis zum 3. Quartal 2017 ein Konzept vor (betrifft auch andere Teilhaushalte)								
186	AfD	50	B: Erhöhung von Mitteln für die Rückkehrberatung der Diakonie für abgelehnte bzw. geduldete irreguläre Migranten. In HD ca. 300 ausreisepflichte abgelehnte Asylbewerber. Platz schaffen für wirkliche Kriegsflüchtlinge. Druck auf die Landesregierung von Seiten der Stadt, um die Abschiebung zeitnah zu organisieren.			20.000			20.000		

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
187	AfD	50	Zuschüsse streichen durch Umschichtung Rückkehrberatung und KOD stärken; keine Privilegierung des Asylarbeitskreises gegenüber anderen Vereinen. B: 1. Asylarbeitskreis 2. Soziale Beratung Asylbewerber 3. Diakonie Wohnungsvermittlung Flüchtlinge		-15.000	-85.000		-15.000	-85.000		
188	AfD	50	Streichung der im TH 50 für die Jahre 2017/18 für die irreführender Weise als „Menschen auf der Flucht“, tatsächlich aber im EU-Sprachgebrauch als „irreguläre Migranten“ bezeichnete Bevölkerungsgruppe beantragten zusätzlich 8,75 B: Planstellen. Gerechnet werden ca. 55.000 € pro Vollzeitkraft bzw. Stelle. Es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers, irreguläre Migranten mit zusätzlichen Planstellen zu pampern. Druck auf die Landesregierung von Seiten der Stadt, um die Abschiebung zeitnah zu organisieren.			-481.250			-481.250		
189	AfD	50	Genderunterricht und Schulung für "irreguläre Migranten" (offizieller EU-Sprech) zur Unterscheidung zwischen dem biologischen und dem sozialen Geschlecht. (Pflichtunterricht). "Irreguläre Migranten" die in einer weltoffenen, bunten und vielfältigen Stadt ankommen, sollten über ihr Geschlecht Bescheid wissen. Diverses Anschauungsmaterial (siehe Bildungsplan) und praktische Vorführungen sollten vom Amt 50 unter Transferaufwendungen "Beschäftigungsprojekt für Flüchtlinge" zur Verfügung gestellt werden. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zusätzlich vor allem den jungen Männern zu vermitteln.			10.000			10.000		
192	AfD	51	Werbungskosten und Schulungskosten für zusätzliche Pflegefamilien im Bereich irreguläre Migranten nach SGB VIII, § 39. Bessere und schnellere soziale, sprachliche und kulturelle Integration durch Familienanschluss. Kostenersparnis: € 6500 vollstationär– ca. € 1500 Pflegefamilie + NK = € 5000,00 / Person = 300 „irreguläre unbegleitete Jugendliche“ x € 5000 monatlich: € 125.000 monatlich = 1,5 Millionen € jährlich.		-1.500.000	-1.500.000		-1.500.000	-1.500.000		

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
200	AfD	61	B:	Im Bereich „Projektkosten“ zusätzliche Bereitstellung von Planungskosten für die Haushaltsjahre 17/18 für die Verlegung des Betriebshofs derHSB.		50.000			50.000		
			Z:	Die Verlegung macht mittelfristig im städtebaulichen A-Bereich Platz für Wohnen und Gewerbe / Wissenschaft. Mit einer mittelfristigen Umnutzung fließen der Stadt zusätzliche Einnahmen in Millionenhöhe zu.							
			M:	Das Beharren auf dem bisherigen HSB-Standort Bergheim ist verschwenderisch, sowohl städtebaulich wie wirtschaftlich nicht zu vertreten! Die Verlegung des Geländes ist sowohl betriebswirtschaftlich wie stadtentwicklungsplanerisch sinnvoll.							
201	Bunte Linke	61	B:	Eine Personalstelle für einen Stadtplaner im Stadtplanungsamt		40.000			80.000		bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt
			Z:	Gesamtstädtische Planung: Die Stadt überzieht zahlreiche Bereiche der Stadt mit Einzelplanungen und Baurecht. Eine Diskussion der Ziele für die räumlichem Entwicklung und die Bevölkerungsentwicklung der gesamten Stadt findet nicht statt. Für eine Vorbereitung dieser politischen Diskussion bedarf es einen Mitarbeiters der Stadt, der dauerhaft für die Stadt tätig ist und die bisherige Stadtentwicklung kennt und langfristige alternative Konzepte entwirft.							
202	Bunte Linke	61	B:	Personalkosten Stadtplanungsamt		-30.000			-30.000		
			Z:	Streichung bei den allgemeinen Personalkosten Stadtplanungamtes zugunsten einer Stelle für einen Stadtplaner							
206	GRÜNE	61	B:	Bismarckplatz		80.000					
			Z:	neu: Überarbeitung Bismarckplatz							
			M:	neu: Planungsrate für Überarbeitung Bismarckplatz							
207	GRÜNE	61	B:	Bismarckplatz							
			M:	neu: Baumaßnahme Bismarckplatz ist in die mittelfristige Finanzplanung mitaufzunehmen							

[illegible]

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
245	Bunte Linke	70	B: Abfallwirtschaft: Erhöhung der Abfallgebühren entsprechend des Defizits (geplant und vergangene Jahre; !! Daten liegen allerdings im Haushaltsentwurf nicht vor!!)		750.000			750.000			
			Z: Ausgleich der Gebührenrechnung								
254	CDU	80	B: Projektmittel spanische Azubi			40.000			40.000		
258	AfD	81	B: Planungskosten in Höhe von 10.000,- für die Fortsetzung des Radweges von Kirchheim nach Pfaffengrund auf dem Diebsweg vom Friedhof Pfaffengrund bis zur Eppelheimer str. für 2017 einzustellen und 2018 mit dem Bau zu beginnen.			10.000			10.000		
			Z: Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Radwegenetz ergänzen.								
259	AfD	81	B: „Modernisierungsprogramm Lichtsignalanlagen“			100.000			100.000		
			Z: flüssiger Verkehr								
			M: Prüfung, ob anstatt teurer und den Verkehrsfluss hindernden Ampelanlagen Kreisel eingerichtet werden können.								
261	GRÜNE	81	B: Radbrücke INF								
			M: neu: Radbrücke INF ist in die mittelfristige Finanzplanung mitaufzunehmen								
264	LINKE/ PIRATEN	81	B: Erstellung eines Gutachtens zur Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV's in Heidelberg bis zum Jahr 01.01.2018			30.000					
271	GRÜNE	81	M 10: Optimierung der LSA zur Bevorrechtigung des ÖPNV mit dem Ziel der Erhöhung der Geschwindigkeit, der Verbesserung der Pünktlichkeit und der Einsparung von Betriebskosten								
			M: neu								
274	GRÜNE	81	B: Erhöhung der Parkgebühren ab 01.01.2018					50.000			

Nr	Partei	TH	Beschreibung (B) und/oder Ziel (Z) / Maßnahme (M) (neu/geändert)		finanzielle Änderung 2017			finanzielle Änderung 2018			Ab- stimmung
					Ertrag	Aufwand	VE	Ertrag	Aufwand	VE	
275	GRÜNE	81	B:	Parkraumbewirtschaftung				5.000			
			Z:	neu: Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung							
			M:	neu: Parkraumbewirtschaftung Belfortstraße							
276	GRÜNE	81	B:	Parkraumbewirtschaftung				5.000			
			Z:	neu: Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung							
			M:	neu: Parkraumbewirtschaftung Kurfürsten-Anlage zw. Landratsamt und Hauptbahnhof							